



Foto: Bernhard Brügger

Am Montagabend, 2. November, haben Anhänger der NPD in Niederschöneweide und Johannisthal gegen eine neue Unterkunft für Geflüchtete demonstriert. Ein breites Bündnis stellte sich gegen diese fremdenfeindliche Hetze und zeigte sich solidarisch mit den aus Not, Krieg und Verzweiflung geflohenen Menschen. Mit dabei war auch die Fraktion DIE LINKE aus der BVV in Treptow-Köpenick, die kurzerhand ihre Fraktionssitzung verlegte. Während die Zivilgesellschaft Position gegen Rechts bezieht und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer unschätzbare Unterstützung für Geflüchtete leisten, drückt sich der Senat noch immer um wichtige Entscheidungen. Die katastrophalen Zustände am LAGeSo rollen jetzt auf die Bezirke zu, weil der Senat das unzureichende Personal nicht aufstockt, sondern von Brennpunkt zu Brennpunkt verschiebt. „Wir haben Personal zur Unterstützung ans LAGeSo geschickt und haben jetzt Probleme, unsere eigenen Aufgaben für die Geflüchteten zu erfüllen. Von 17 benötigten Stellen gibt uns der Senat gerade mal sieben“, beschwert sich Gernot Klemm (DIE LINKE), Stadtrat für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

## Fluchtursachen bekämpfen – Asylrecht sichern – sichere Einreise ermöglichen

Eindrücke einer politischen Bildungsreise nach Tunesien und Italien

! Auf Einladung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKS-FRAKTIONEN in Landtagen, Bundestag und Europäischem Parlament nahm das Mitglied des Abgeordnetenhauses Carsten Schatz, Bezirksvorsitzender DIE LINKE Treptow-Köpenick, an einer Bildungsreise nach Tunesien und Italien teil. Ziel der Reise, die aus Anlass des zweiten Jahrestages der Tragödie von

Lampedusa – am 3. Oktober 2013 sank ein Flüchtlingsboot mit 545 Flüchtlingen vor der Küste Lampedusas – stattfand, war sich mit Entwicklungen in Nordafrika und Bedingungen und Strategien in Italien auseinanderzusetzen. Neben den vielen und vielfältigen Eindrücken einer solchen Reise bleibt für uns die Frage nach den politischen Schlussfolgerungen zentral. Diese möchten wir kurz vorstellen:

1. Es ist eine Illusion, Migration an den EU-Außengrenzen dauerhaft und wirksam durch Grenzsicherung aufhalten zu können. Die Mehrzahl der Flüchtlinge aus dem Nahen Osten, Nordafrika und der Sub-Sahararegion haben in ihren Herkunftsländern jede Sicherheit und Perspektive verloren, sie sind bereit, ihr Leben für einen Weg nach Europa aufs Spiel zu setzen. Wer die Zahl

von Flüchtlingen wirklich reduzieren will, kann das nur durch den Kampf gegen die Fluchtursachen erreichen, die zur Zeit auch durch die Mitgliedsländer der EU – durch Interventionen, Waffenlieferungen, Klimapolitik und unfaire Finanz- und Handelsbeziehungen – verstärkt werden. TTIP – das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA – würde allein durch die Kraft der beiden Wirtschaftsräume Normen setzen, denen sich die Länder des globalen Südens nicht entziehen können. Verfestigung und Verstärkung der wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit sind die Folge.

2. Seit der Lampedusa-Katastrophe vor zwei Jahren, bei der ca. 390 Menschen ums Leben gekommen sind, sind allein auf der Route Libyen – Italien etwa 5.000 Menschen ertrunken. Wir wollen und werden uns damit nicht abfinden! Deshalb brauchen wir jenseits des Asylrechts legale Einreisemöglichkeiten nach Europa.

3. Innerhalb der EU müssen die Standards für Asylverfahren angeglichen werden. Die unterschiedliche – oft willkürliche – Behandlung der Antragstellenden, faktisches und absehbares Behördenversagen in den Ankunftsländern und die andauernde Situation seit 2011 schaffen massenhaft Menschen ohne Papiere in der EU, die Opfer jeder nur denkbaren Missetat, ob Kriminalität oder sklavenähnlicher Ausbeutungsverhältnisse werden können. Von gesundheitlichen Risiken ganz zu schweigen. Kaum ein Land der EU stellt sich dieser Herausforderung.

4. Wir benötigen in der Bundesrepublik Deutschland neben eindeutigen gesetzlichen Regelungen für die Aufnahme von Menschen in Not auch eine gesetz-

Fortsetzung auf Seite 2

### Gysi meint...

## Wir brauchen eine soziale Investitionsoffensive

” Vor 25 Jahren stand die damalige Bundesregierung unter Helmut Kohl vor einer großen Herausforderung, die deutsche Einheit zu bewerkstelligen. Um die Westdeutschen zu beruhigen, versprach er ihnen, die Einheit werde sie kein Geld kosten, Steuern würden nicht erhöht und der Wirtschaftsaufschwung die Einheit selbst finanzieren. Es kamen der Soli, die Mehrwertsteuererhöhung. Nun stehen wir vor einer weiteren Herausforderung, und Bundesfinanzminister Schäuble verspricht, seine „schwarze

Null“ halten zu wollen und die Aufnahme und Integration von über einer Million Flüchtlingen quasi aus der Portokasse zu bezahlen. Wer den Bürgerinnen und Bürgern so viel Sand in die Augen streut, sollte sich nicht darüber wundern, dass Wut und Enttäuschung bei vielen zunehmen und sich das die Demagogen von rechts bis ganz weit rechts zunutze machen werden.

Aber Hunderttausende neuer, bezahlbarer Wohnungen, übrigens nicht nur für Flüchtlinge, Sprachkurse, neue Kitas, Schulen, Erzieherinnen und Erzieher,

Lehrerinnen und Lehrer, die Arbeitsförderung, auch die Hartz IV-Ausgaben kosten Geld, schätzungsweise zwischen 15 und 45 Mrd. Euro jährlich.

Wir sollten darüber nicht jammern, sondern es als Chance begreifen, als ein umfangreiches Konjunkturprogramm für längst überfällige Investitionen in die Zukunft. Je besser uns die Integration eines Teils der Flüchtlinge – ein anderer Teil von ihnen wird wieder in die Herkunftsländer zurückkehren – gelingt, desto größer der Gewinn für unsere Gesellschaft. Denn die Flüchtlinge von

Heute sind die Rentenbeitragszahler und Arbeitskräfte von Morgen. Und sie verursachen nicht nur Kosten, sondern konsumieren, stärken die Binnennachfrage, wenn auch in bescheidenem Umfang.

Die Bundesregierung soll sich erstens endlich ehrlich machen und sagen, dass das „Wir schaffen das“ auch Geld kostet. Und sie muss endlich anfangen, eine soziale Investitionsoffensive zu starten, statt Länder und Kommunen im Regen stehen zu lassen. Das ließe sich auch alles ohne Schulden finanzieren, wenn endlich Vermögende höhere Steuern zahlten.





Foto: Lupo/pixello.de

Verunreinigung der Spree durch den Braunkohleabbau gefährdet unser Trinkwasser.

# Ist unser Trinkwasser gefährdet?

## Sulfatgehalt steigt bedrohlich an

Die Berliner Wasserbetriebe sind zu Recht auf die Qualität unseres Trinkwassers stolz. Doch nun scheint es so, dass diese Qualität gefährdet ist. Das ist nicht durch die Wasserbetriebe selbst verursacht, sondern durch den Braunkohleabbau in der Lausitz wird die Spree verockert und immer stärker mit Sulfat belastet. Die Spree wird verunreinigt und damit auch unser Trinkwasser. Die Folgen für Mensch und Natur sind dra-

matisch. Wir können heute noch nicht erkennen, in welchem Ausmaß. Sulfat in der Spree ist gesundheitsgefährdend und belastet zugleich das Grundwasser. Der in der Trinkwasserverordnung geltende Grenzwert für Sulfat wurde 2014 im Mittelwert knapp überschritten. Die Belastung der Spree durch Sulfat ist in der Tendenz steigend. Im Wasserspiegel, der Mitarbeiterzeitschrift der Berliner Wasserbetriebe, Ausgabe 08-09/

2015 – schreibt Jens Feddern (Leiter der Wasserversorgung): „Bei einem Anstieg der Sulfatkonzentration über den Grenzwert für Trinkwasser hinaus müssten aufwendige technische Verfahren... eingesetzt werden. Dadurch würden nicht nur der Grundsatz der naturnahen Aufbereitung verletzt werden, sondern sich auch die Kosten und der Preis merklich erhöhen.“ Mit Recht stellt Feddern die Frage, „Wer soll das bezahlen?“. Der Tagesspiegel / Checkpoint (15.10.2015) bringt es auf den Punkt: „Das Trinkwasser wird teurer oder schlechter, schuld ist der Braunkohleabbau, der Sulfatgehalt steigt bedrohlich an.“ Jens Feddern ist der Auffassung, hier sollte das Verursacherprinzip gelten. Der Verursacher – Vattenfall – muss zahlen! Es kann nicht sein, dass Vattenfall am Kohlebergbau in der Lausitz sowie an der Verstromung von Kohle Milliarden verdient, die Umwelt zerstört, unser Trinkwasser gefährdet und die Kunden dann über Preiserhöhungen für die Folgen aufkommen sollen. Da die klimaschädliche Kohle keine Zukunft mehr hat, auch wegen der Belastungen für die Gewässer in Berlin und Brandenburg, ist DIE LINKE. Berlin gegen die Erschließung neuer Tagebaue. Wir wollen einen geordneten Ausstieg aus der Kohlenutzung, das gilt für die Stromversorgung genauso wie für die Wärmeversorgung.

■ ■ Uwe Döring, MdA



### Fortsetzung von Seite 1

liche Regelung, die normale Arbeitsmigration wirklich ermöglicht.

5. Die Ängste in der Bevölkerung beruhen oftmals darauf, dass viele Menschen ihre soziale Situation selbst als unsicher oder bedroht empfinden. Sie haben Angst davor, dass sich diese Situation durch Flüchtlinge verschärft. Um das zu verhindern, bedarf es der realen Gleichbehandlung aller Menschen, die hier im Land leben. Sonderregelungen, wie sie z.B. bereits beim Mindestlohn gefordert werden, befeuern die Angst, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren und durch die billigere Arbeitskraft eines Flüchtlings ersetzt zu werden.

6. Viele Menschen haben bereits erkannt, dass die Abwehr von Flüchtlingen an den Grenzen auch die Grundwerte unserer Gesellschaft im Inneren angreift. Sie stehen deshalb Flüchtlingen offen gegenüber und sehen diese als Bereicherung und Chance für unser Land. Politik hat die Aufgabe, diese Menschen zu unterstützen und nicht zu verunsichern oder gar zu diffamieren.

Außen- und entwicklungspolitische Entscheidungen, die nicht auf Landes- oder kommunaler Ebene getroffen werden, beeinflussen uns in vielfältiger Art und Weise, am deutlichsten bei den fatalen Fehlentscheidungen der letzten Jahre, die nun zu einer Flucht von Millionen



Foto: Andrea Jöhlig

Die Delegation zum Gespräch beim deutschen Botschafter in Tunis, Dr. Andreas Reinecke.

Menschen führen. Auch als Landespolitiker können wir dazu nicht schweigen, weil wir unzuständig seien. In einer globalen und vernetzten Welt müssen auch wir uns stärker organisieren und unsere Sichtweise zur Diskussion stellen und in Entscheidungsprozesse einbringen. Das fatale Schweigen vieler Landesregierungen – auch des Berliner Senats – zu Waffenexporten, unfairen Freihandelsabkommen und zu einer Flüchtlingspolitik, die bei den Symptomen ansetzt und nicht bei den Ursachen, wollen wir nicht länger hinnehmen.

Palermo beschreitet mit seiner Charta von Palermo einen völlig anderen Weg als den der Ignoranz und Abschottung. Die grundsätzliche Freizügigkeit aller

Menschen ist das Ziel der Charta. Deshalb sollen Aufenthaltsgenehmigungen und Einreisebeschränkungen aufgehoben werden, um damit auch eine normale Arbeitsmigration zu ermöglichen. Die Charta, eng mit dem Bürgermeister und als Mafia-Jäger bekannt gewordenen Leoluca Orlando verbunden, ist die Schlussfolgerung aus den unmenschlichen Zuständen, die zur Zeit an den Außengrenzen der Europäischen Union herrschen. Sie unterscheidet sich damit in radikaler Art und Weise vom Mainstream der Abschottungsdiskussion in der EU.

■ ■ Carsten Schatz, Hakan Taş



# 70 Jahre Volkssolidarität

## Ein Sozial- und Wohlfahrtsverband

Seit 70 Jahren ist die Volkssolidarität ein Verband von Menschen für Menschen. Das Leitmotiv „Miteinander – Füreinander“ steht seit Gründung im Mittelpunkt des Wirkens. Solidarität zu leben, Menschen in schwierigen Lebenslagen oder Notsituationen Hilfe und Unterstützung zu geben, ihnen Teilhabe zu ermöglichen, waren und sind Anliegen des Verbandes.

Diese Solidarität wurde zur Grundidee erster spontaner basisdemokratisch gebildeter Vereinigungen und Verbände in der Sowjetischen Zone, als Aktionsbündnisse – von Menschen unterschiedlicher Herkunft, politischer und religiöser Orientierung – gegen die soziale Not in Folge des 2. Weltkrieges. Der Aufruf „Volkssolidarität gegen Wintersnot“ unterschrieben von allen demokratischen Parteien, Gewerkschaften und den Kirchen, vom 17.10.1945, wurde zur Geburtsstunde der Volkssolidarität.

Die Teilung und die unterschiedliche politische Nachkriegsentwicklung führten dazu, dass das Wirken der Volkssolidarität auf die SBZ/DDR beschränkt blieb. In all den Jahren hatte der Verband – in der DDR mit großer staatlicher Unterstützung – die Lebensqualität vor allem älterer Menschen im Blick. Nach 1989 setzte eine Phase der Orientierung unter veränderten politischen Rahmenbedingungen ein, weitgehend ohne staatliche Unterstützung, mit Ausrichtung u.a. auf Pflegedienstleistungen, Kinderbetreuung und vor allem auf sozialpolitische Interessenvertretung. Dieses Engagement u.a. in Richtung Rentenanpassung Ost, bezahlbarer Wohnraum, barrierefreie Wohnungen, bezahlbare Pflegeleistungen, Anerkennung der Lebensleistung Ost, Bekämpfung von Altersarmut, ist neben der Gestaltung des nachbarschaftlichen Miteinanders, von Kultur- und Reiseaktivitäten in den über 60 Ortsgruppen mit knapp 5000 Mitgliedern, Schwerpunkt der Aktivitäten und ist ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Mitglieder nicht zu bewältigen.

Viele der Mitglieder sind in der bezirklichen Seniorenvertretung, den Sozialkommissionen, den Beiräten der Kiezklubs, aktuell auch in der Betreuung Asylsuchender engagiert. Diese Aufgaben bei zunehmendem Alter und abnehmender Mitgliederzahlen zu stemmen, erfordert weitergehende Überlegungen, das Zugehen auf potentielle Partner, die Gewinnung von Förderern und Orientierung auf weitere Zielgruppen. Dabei ist die Volkssolidarität auf gutem Weg, sucht Verbündete, nimmt und gibt Unterstützung.

■ ■ Thomas Fritsche  
Vorsitzender der VS - T/K



Aus dem

# Rathaus

TREPTOW-KÖPENICK

Ausgabe Nr. 217  
November 2015  
Fraktion DIE LINKE  
in der BVV Treptow-Köpenick



Bekannt aus der Geschichte des Hauptmanns von Köpenick: Das Köpenicker Rathaus

## Festakt zum 7. Oktober

Rathaus Köpenick wurde 110 Jahre

Es geschieht nicht mehr oft, dass der einstige DDR-Bürger den 7. Oktober im größeren Rahmen in festlich-feierlicher Atmosphäre zu verbringen Gelegenheit hat. Im repräsentativen Ratssaal unseres Rathauses war es in diesem Jahre möglich. Der Anlass dafür war jedoch nicht einem Datum im verschlungenen Ablauf der deutschen Geschichte geschuldet, sondern einem spezifisch lokalen und explizit an den Ort der Veranstaltung geknüpften Ereignis: dem 110. Jahrestag der Einweihung des Gebäudes am 7. Oktober 1905. Die Initiative für die Gedenkfeier war vom Heimatverein Köpenick ausgegangen. Bürgermeister Igel griff den Gedanken ohne Zögern auf und lud Kommunalpolitiker und im kommunalen Umfeld engagierte Bürger zu einem Festakt an den historischen Ort. Punktgenau zum 7. Oktober hatte der Vorsitzende des Heimatvereins, Förster, eine von ihm angestoßene Publikation vorgelegt, die das Köpenicker Rathaus in den Vergleich zu 29 anderen deutschen Rathäusern verschiedenster Provenienz und Bedeutung setzt und den Lokalstolz über die weltweite Bekanntheit des hiesigen Baus (dessen Eingang mittels der dort platzierten „Hauptmann“-Skulptur ja sehr deutlich auf den von den Köpenickern und den im Rathaus Tätigen keineswegs zu verantwortenden Grund des hohen Bekanntheitsgrades hinweist!) relativiert: in seinem Einfüh-

rungsvortrag machte er deutlich, dass auch andere Funktionsgebäude dieser Art eine geschichtliche Einbettung vorzuweisen haben – selbst wenn sie zu meist nicht so vordergründig im Geschichtswissen präsent sind wie das hiesige.

Die Festrede hielt naturgemäß der Bürgermeister. Sie widmete sich u.a. – sicherlich auch wegen der aktuellen Situation – den vielfältigen Herausforderungen, denen sich die Verwaltung bei mehreren Umbrüchen im Verlauf der 110 Jahre zu stellen gehabt hatte. An seinem gern abgeklopften Thema „17. Juni 1953“ kam er auch diesmal nicht vorbei – eigentlich verwunderlich, denn er hatte mitzuteilen, dass Mitarbeiter der Köpenicker Stadtbezirksverwaltung sich an den Demonstrationen jenes Tages nicht beteiligt hätten.

Zur beifällig quittierten Auflockerung des Programms aus Begrüßungs- und Festreden trug André Nicke bei, der langjährige Intendant des von Abwicklung bedrohten hiesigen Stadttheaters. Im zeitgenössischen Kostüm trug er Passagen aus der am 29. November 1896 von Bürgermeister Borgmann vor den Stadtverordneten gehaltenen Rede vor, mit der diese beschworen wurden, dem Bau eines angesichts der Entwicklung der Stadt dringend benötigten neuen und größeren Rathauses zuzustimmen. Offenbar ging es auch damals nicht um

Foto: Philipp Wohlfeil

### Kommentar

## Rathenau-Hallen: Wohnungsbau nicht um jeden Preis

„ Nach Hundenauslaufgebieten, einer Fährverbindung über die Müggelspree, einer Milieuschutzsatzung für Alt-Treptow, dem Erhalt des Stadttheaters Köpenick und dem Bürgerbegehren gegen die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in der Köpenicker Altstadt liegt ein neuer Bürgerantrag vor, der Wohnungen auf dem Gelände der Rathenau-Hallen in Oberschöneweide verhindern will. Das ist bunte und gelebte Demokratie in Treptow-Köpenick, die einst der rot-rote Senat durch Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes ermöglicht hat.

nicht geopfert werden.

Für die Rathenau-Hallen heißt das, dass eine Wohnbebauung nur dann zustimmungsfähig ist, wenn die Bedingungen stimmen:

- die Sicherung des dort ansässigen Gewerbes,
- die Vermeidung von Nutzungskonflikten zwischen Gewerbe und Wohnen,
- die Gewährleistung des Denkmalschutzes und eines öffentlichen Uferweges und
- 25 Prozent der Wohnungen im Niedrigpreissegment.

Darüber hinaus muss das Bezirksamt

Foto: Philipp Wohlfeil



Wohnungsbau auf dem Gelände der Rathenau-Hallen?

Jährlich ziehen über 40.000 Menschen nach Berlin – doppelt so viele wie allein heute in Oberschöneweide leben. Entsprechend steigt die Nachfrage nach Wohnraum und damit klettern die Mieten. Zwar setzt sich DIE LINKE besonders für öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau ein, aber ohne die Bebauung auch privater Flächen wird es nicht gehen. Dabei dürfen Grünflächen und Denkmalsubstanz, das, was die Identität der Stadt ausmacht,

endlich die Aufstellung einer Milieuschutzsatzung für Oberschöneweide angehen, um so Luxussanierungen bestehender Wohnungen zu verhindern. Der Bürgerantrag hilft, weil so der Druck für Zugeständnisse auf den privaten Eigentümer der Rathenau-Hallen steigt. Eines ist dennoch klar: Kein Wohnungsbau ist auch keine Lösung.

● Philipp Wohlfeil  
Vorsitzender der Fraktion  
DIE LINKE in der BVV

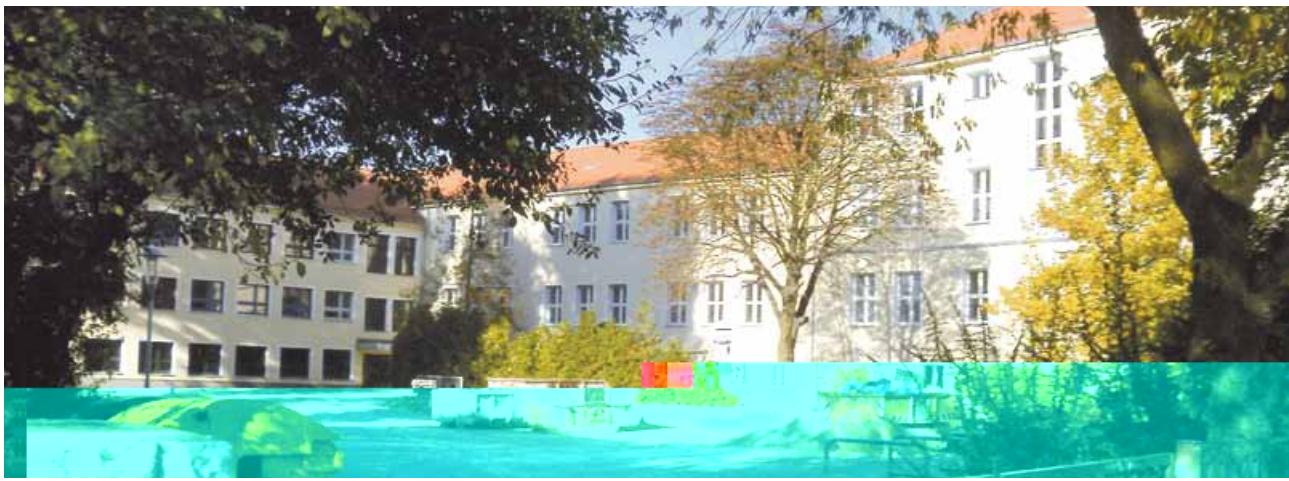


die Einsicht in die durchaus akzeptierte Notwendigkeit, sondern um den Nerv der Kommune: das zu bewilligende Geld!!! Einen – wohl ungewollt – humorigen Beitrag lieferte Bezirksverordnetenvorsteher Peter Groos schon in seiner kurzen Begrüßung, in der er bekannte, bereits als hessischer Gymnasiast dank der Pflichtlektüre von Zuckmayers Drama „Der Hauptmann von Köpenick“ Berüh-

rung mit unserem Rathaus gehabt zu haben. Dabei verstieg er sich zu der Behauptung, das Stück sei nicht nur im NS-Regime, sondern auch in der DDR aus der Öffentlichkeit verbannt gewesen: es richte sich ja unterschiedslos gegen Obrigkeitshörigkeit ....

● Dr. Kurt Wernicke





Die Gemeinschaftsschulen verzeichnen starken Schülerzuwachs.

## Die Gemeinschaftsschule - eine Schule für alle

### Anna-Seghers-Oberschule führt zum Abitur

Bei der Einrichtung von Gemeinschaftsschulen ist Treptow-Köpenick berlinweit schon Spitzenreiter. In bereits drei Schulen im Bezirk lernen Schülerinnen und Schüler von der ersten Klasse bis zur zehnten Klasse schon gemeinsam. In der Anna-Seghers-Oberschule sogar schon bis zum Abitur. Die Abstimmung mit den Füßen haben die drei Schulen dabei schon längst gewonnen. Dies zeigen die Anmeldezahlen seit Umwandlung der Schulen in Gemeinschaftsschulen. Seitdem sind die Schulen nämlich

regelmäßig überbucht. DIE LINKE Treptow-Köpenick hat sich dafür eingesetzt, dass auch an den anderen beiden Gemeinschaftsschulen im Bezirk eine gymnasiale Oberstufe eingerichtet wird. Denn nur eine Schule, an der alle Schulabschlüsse und auch das Abitur absolviert werden können, ist auch für alle Schülerinnen und Schüler sowie für alle Eltern gleichermaßen attraktiv. Weiterhin setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass an allen Gemeinschaftsschulen räumliche Bedingungen geschaffen werden,

die das Lernen an einem Standort mit einer ausreichenden Anzahl von Unterrichtsräumen, Sportanlagen und Aufenthaltsräumen ermöglicht (Campusprinzip statt Filialstandorten und Stückwerk) und Platz für kommendes Wachstum bietet. Dies ist gerade wegen landesweit steigender Schülerzahlen eine Herausforderung, da der Platz an den Schulen immer knapper wird. Daher fordert DIE LINKE, alte leerstehende Schulgebäude fachgerecht zu sanieren und wieder einem Schulbetrieb zu übergeben. Auch Schulgebäude, die der Bezirk Treptow-Köpenick in der Vergangenheit an Privatschulen abgegeben hatte, gehören dazu und sollten wieder einer öffentlichen Nutzung zugeführt werden.

● Johann Eberlein



Foto: Marcus Cyron/wikimedia

Die Friedhofskapelle aus dem Jahr 1911 wird derzeit saniert.

## Restaurierung fast abgeschlossen

Die Restaurierungsarbeiten an den hölzernen Decken in der Rahnsdorfer Friedhofskapelle, wurden erfolgreich abgeschlossen. Damit ist der zweite Bauabschnitt beendet und der nächste Schritt kann folgen. Dabei werden die Wände der Friedhofskapelle restauriert. Die offizielle Übergabe des zweiten Bauabschnittes mit vielen Gästen und der Presse findet am Freitag, dem 13. November 2015 um 10.00 Uhr in der Kapelle statt. Die Friedhofskapelle wurde um

1911 etwa im Zentrum der Friedhofsanlage eröffnet. Die Architekten Peter Jürgensen und Jürgen Bachmann lieferten die Baupläne für das Kapellengebäude. Die Kapelle ist in der Denkmalliste des Landes Berlin als Baudenkmal eingetragen. Die Restaurierung der Friedhofskapelle ist mit der Unteren Denkmalschutzbehörde des Bezirks abgestimmt und wird von ihr ausdrücklich begrüßt und befürwortet.



Das Ordnungsamt unterwegs

## Mehr Kontrollen in der Altstadt

### Sechs „Fahrzeugumsetzungen“ waren nötig

Verkehr, Verkehr, Verkehr. Das waren die Hauptthemen im Ausschuss für Bürgerdienste und Ordnungsangelegenheiten im Oktober 2015. Michael Grunst, Stadtrat für Jugend und Öffentliche Dienste, berichtete im Ausschuss unter anderem, dass das Ordnungsamt im September 2015 verstärkt in der Köpenicker Altstadt präsent war. Bei insgesamt 33 Schwerpunkteinsätzen wurden

## Informationsveranstaltung

### „Allein zu Hause oder gemeinsam wohnen?“

Nachdem im Sommer 2015 in der Ortssteuervereinigung Müggelheim darüber diskutiert wurde, welche Möglichkeiten es für die Bürger und Bürgerinnen aus Müggelheim gibt, auch im Alter bzw. im Pflegefall in Müggelheim wohnen zu bleiben, wurde von der Sozialraumorientierten Planungskoordination, der Müggelheimer Pfarrerin, dem Sozialbündnis Müggelheim e.V. und der Kontaktstelle Pflegeengagement eine Informationsveranstaltung dazu organisiert.

Da es in Müggelheim kein Seniorenwohngemeinschaft oder Pflegeheim gibt und es vermutlich auf längere Sicht auch nicht geben wird, stand die Frage nach alternativen Wohnformen im Alter, wie beispielsweise Pflegewohngemeinschaften, bei der Veranstaltung am 21. Oktober im Dorfkлуб Müggelheim im Fokus. Mit zwei kompetenten Referenten, Theo Killewald von der Stattbau GmbH und Astrid Grunewald-Feskorn vom Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung, wurden Beispiele und Rahmenbedingungen für das Wohnen in einer Pflegewohngemeinschaft vorgestellt. Die anwesenden Seniorinnen und Senioren lauschten den Referenten gespannt und resümierten am Ende, dass die Müggelheimer doch ein „eigenes Völkchen“ wären und sich nicht vorstellen können, zusammen mit mindestens sieben Personen in einer Pflegewohngemeinschaft zu leben.

Für die Müggelheimer besteht aber weiterhin ein Informationsbedarf, wie eine Wohnraumanpassung im Pflegefall möglich ist, wie das Konzept des betreuten Wohnens aufgebaut ist und vor allem was das alles kostet. Um diese Fragestellungen zu beantworten, soll es am 20.04.2016 um 15:00 Uhr im Dorfkлуб Müggelheim eine Nachfolgeveranstaltung mit den Pflegestützpunkten Treptow-Köpenicks geben. Die Dokumentation der Vorträge finden Sie im Internet unter [www.berlin.de/tk-sp/k](http://www.berlin.de/tk-sp/k) unter dem Punkt Region Müggelheim.



Foto: Philipp Wohlfel

Noch kein Ende der Bauarbeiten an der Edisonstraße.

## Dauerbaustelle Schöneweide

### Fahrradabstellplätze am Bahnhof gefordert



Auf Einladung des Ortsverbands Schöneweide informierte der stadtentwicklungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Ernst Welters, in einem Bürgerforum über die Verkehrssituation. Er begrüßte zwar die künftige Umfahrung über die derzeit im Bau befindliche Südostverbindung, forderte aber auch, die Investitionen in die Verkehrsberuhigung der Siemens- und Edisonstraße nicht auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben. Eine von der Mehrheit der Bezirks-

verordnetenversammlung gewollte Brücke von der Ostendstraße über die Spree zur Oberspreestraße in Niederschöneweide, lehnte er dagegen ab, weil diese zusätzlichen Verkehr in die Wilhelminenhofstraße lenken würde. Erfreulicherweise habe sich der Senat davon aber ohnehin verabschiedet.

Anwesende Bürgerinnen und Bürger forderten die Beteiligung an der Lärmminimierungsplanung, eine Koordinierung der Besucherströme bei Konzerten und Fußballspielen in der Wuhlheide, bessere

Verbindungen für den Radverkehr innerhalb von Schöneweide und zum Wissenschaftsstandort Adlershof sowie mehr Fahrradabstellplätze am Bahnhof Schöneweide. Welters versprach, die Planung des Bahnhofs dahingehend zu überprüfen und sich für die Beteiligung der Bürger zu verwenden. Auch werde sich DIE LINKE für eine rasche Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs der Linie 67 am Sonnabend einsetzen.

● pw

## Demografiekonzept

### Mehr Alte und mehr Junge

Treptow-Köpenick wächst. Dank Babyboom, Zuwanderung und der Tatsache, dass unsere Einwohner immer älter werden. Das ist eine gute Nachricht. Aus der aktuellen Bevölkerungsprognose Berlins 2011-2030 wird deutlich, dass im Bezirk Treptow-Köpenick dem bereits heute hohen Anteil der Über-65-Jährigen auch ein starker Anteil der 40 bis 55-Jährigen gegenübersteht. Zudem weisen

die jüngsten Altersgruppen bis 25 Jahre auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung mit über 20 % einen relativ hohen Bevölkerungsanteil auf. Zuwächse werden durch Zuzüge aus dem Inland aber auch aus dem Ausland erwartet. Politik muss sich mit den daraus folgenden Herausforderungen auseinandersetzen. Dazu hat das Bezirksamt Treptow-Köpenick der Bezirksverordnetenversamm-

lung ein Demografiekonzept vorgelegt. Dabei geht es maßgeblich darum, welche Herausforderungen und Chancen der demografische Wandel für den Bezirk mit sich bringt und mit welchen Konzepten sich das Bezirksamt Treptow-Köpenick diesen Herausforderungen und Chancen stellen will. Mehrere Handlungsfelder wurden definiert. Dazu zählen Leben im Alter, Kinder, Jugend und Familien, Arbeit und Verwaltung, Gleichstellung und Teilhabe sowie bürgerschaftliches Engagement. Nun gilt es, das Geschriebene zu diskutieren und mit Leben zu füllen.

Antrag persönlich abzugeben und eventuell offene Fragen zu klären. Das Bezirksamt bietet diesen Service vom 02.11.2015 bis zum 12.02.2016 an. Es ist hierfür jedoch erforderlich, vorher telefonisch einen Termin (Tel. 90297 2015) zu vereinbaren.

Am Antragsverfahren selbst hat sich nichts geändert, die Anträge sind weiterhin in den Bürgerämtern oder online erhältlich.

[www.stadtentwicklung.berlin.de/service/formulare/de/wohnen.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/service/formulare/de/wohnen.shtml)



### Kein Bibliotheksangebot

Wegen Verzögerungen im Bauablauf und weil die Lieferung spezieller Regale für die beengten Raumverhältnisse noch nicht erfolgt sei, öffnet die Johannes-Bobrowski-Bibliothek in Friedrichshagen voraussichtlich erst wieder am 30. November, teilte Kulturstadtrat Michael Vogel (CDU) in der Sitzung des Ausschusses für Weiterbildung und Kultur mit. Die Bibliothek wird seit 20. Juli für die gemeinsame Nutzung als öffentliche Bibliothek und als Schulbibliothek der Friedrichshagener Grundschule umgebaut. Weiterhin stehen die Einrichtung von Fahrbibliothekshaltestellen in Baumschulenweg und Bohnsdorf aus. Dort waren die Stadtteilbibliotheken zu Jahresbeginn geschlossen worden. pw



### Wahlversammlung Elternausschuss

Der Vorstand des Bezirkselektoren Ausschusses Treptow-Köpenick lädt zur öffentlichen Wahlversammlung für alle Eltern, Kita-Beschäftigten und Interessierten am 18.11.2015 um 19 Uhr im BVV Saal im Rathaus Treptow (Neue Krugallee 4, 12435 Berlin) ein.

Alle Elternvertreter von KITAs im Bezirk Treptow-Köpenick sind zur Wahl des neuen Vorstandes eingeladen und können sich natürlich auch zur Wahl stellen. Vor der Wahl wird Gudrun Knispel vom Zahnmedizinischen Dienst interessante Informationen zum Thema Zahngesundheit bei Kleinkindern und Zahnpflege in der KITA geben und für Fragen zur Verfügung stehen. Auf der Tagesordnung: stehen: Begrüßung durch den Vorsitzenden BEAK-TK, Vortrag Zahngesundheit bei Kleinkindern und Zahnpflege in der KITA, sowie Wahl des neuen Vorstandes.



### Fanprojekt eröffnet

Am 8. Oktober 2015 eröffneten die Stadträte Michael Grunst (Jugend und Öffentliche Ordnung, DIE LINKE), Gernot Klemm (stellvertretender Bürgermeister, DIE LINKE) und Elvira Berndt (Geschäftsführerin von gangway) in Anwesenheit vieler Fanvertreter und des Vorsitzenden des Wirtschaftsrates des 1. FC Union, Prof. Jochen Lesching, die Geschäftsstelle des Fanprojekt Streetwork Alte Försterei. In einer kurzen, sehr persönlich gehaltenen Ansprache gab Grunst einen Rückblick auf seine 35-jährige »Kariere« als Unioner. Dass er gleichzeitig auf 15 Jahre hervorragende Zusammenarbeit mit gangway verweisen konnte, so Grunst, „macht die Sache rund“. GANGWAY arbeitet mit jugendlichen und erwachsenen Menschen auf den Straßen Berlins. Ziel ist es, die AdressatInnen dabei zu unterstützen, ihr Leben eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen.

## Annahmestelle für Wohngeldanträge

### Viele Neuanträge erwartet



Ab dem 01. Januar 2016 tritt eine neue Wohngeldnovelle in Kraft. Dabei wird das Wohngeld an die Mieten- und die Einkommensentwicklung angepasst, das heißt erhöht. Da das Bezirksamt davon aus-

geht, dass es eine Vielzahl von Neuanträgen geben wird, hat es für die Bürgerinnen und Bürger in Treptow-Köpenick eine separate Annahmestelle für Wohngeldanträge im Rathaus Köpenick eingerichtet. Hier gibt es die Möglichkeit, den



Foto: Bernhard Brügger

Stefanie Fuchs organisiert beruflich und privat die Hilfe für Flüchtlingsfamilien und Nachbarn. Dabei sind Kinderbetreuung und Nähstube genau so wichtig wie Sprachunterricht und Kulturprogramm.

## Es ist die unendliche Dankbarkeit

### „Allende 2 hilft“ Flüchtlingen und Nachbarn

Wenn sie den Raum betritt, wird sie von den kleinen Mädchen umarmt und die Erwachsenen grüßen mit freundlichem „Hallo“. Jeder im Übergangshaus für asylsuchende Flüchtlinge im Allendeviertel kennt die schlanke junge Frau mit dem kurzen Haar und den dunkelbraunen Augen. Stefanie Fuchs wohnt gleich nebenan und hat in dem bunt gewürfelten Containerdorf ihren Arbeitsplatz. Die gelernte Verkehrsauffrau ist erste Ansprechpartnerin für alle Fragen der Menschen, die hier am Rande Berlins zum ersten Mal Ruhe und Geborgenheit finden. Sie ist Mitbegründerin

#### Hilfe erbeten.

**Die Flüchtlingsheime benötigen weiter Sach- und Geldspenden sowie Helfer. Hier die Kontaktadressen.**

- Allende 1, Salvador-Allende-Straße 89–91, Tel. 34 35 45 42
- Allende 2, Alfred-Randt-Straße 19, Tel. 0176 9834 8490, [www.allende2hilft.de](http://www.allende2hilft.de)
- Adlershof, Radickestraße 76, 12489 Berlin, Tel.: 633 111 70
- Notunterkunft Altglienicke, Rudower Straße 18, Tel. 63221001
- AWO-Wohnheim Treptow, Köpenicker Landstraße 280, Tel. 6368060
- Notunterkunft Grünau, Tel. 6782 34 20
- Gemeinschaftsunterkunft Rahnsdorf, Tel. 68 32 910 20
- Groß-Berliner Damm, Aktuelle Bedarfsliste unter [www.johannisthal-hilft.de](http://www.johannisthal-hilft.de)

der Anwohnerinitiative „Allende 2 hilft“, die sich im Frühjahr bildete und bald zu einem Kiezverein entwickelte. Wie viele Anwohner war auch sie überrascht, als vor einem Jahr in Köpenick fast vor ihrer Haustür ein Containerheim für mehrere hundert Asylsuchende errichtet werden sollte. Sie erinnert sich noch an die Proteste verunsicherter Anwohner und die rassistischen Parolen von Neonazis, die sich unter die Menschenmenge gemischt hatten.

Als die ersten Familien dann einzogen und bekannt wurde, dass sie erst einmal bleiben würden, wollten Stefanie und ihr Mann Thomas genauer wissen, wer die neuen Nachbarn sind und wen ihre beiden Söhne demnächst auf den Spielplätzen treffen würden. Nicht zufällig bewarb sich Stefanie deshalb auch für ihren Arbeitsplatz, der vom Internationalen Bund als Betreiber des Heims damals ausgeschrieben war. Zur gleichen Zeit gab es spontan im Wohngebiet viele Menschen, die helfen wollten. Der Internationale Bund drängte dabei von Anfang an darauf, alle Angebote an die Flüchtlinge und auch an die Anwohner zu richten. So entstand „Allende 2 hilft“ e.V. mit dem Ziel, rund um das Containerdorf mit seinen 370 Bewohnern aus 19 Nationen einen freundlichen Kiez für alle zu schaffen. „Die strahlenden Augen und die unendliche Dankbarkeit“ sind es, die Stefanie entschädigen für die anstrengende Bewältigung aller organisatorischen Probleme und ihre zusätzliche ehrenamtliche Arbeit, sagt sie und ergänzt: „Und glücklich macht mich dann noch, wenn mein Papa sagt, dass er stolz auf mich ist“.

Rund 60 Ehrenamtliche helfen bei der Betreuung, aber vor allem bei den für die Fremden schwierigen Behördengängen zur Vorbereitung ihres Asylverfahrens. Trotz der unterschiedlichen Schicksale und vielen Probleme gelang es, im Heim eine sehr familiäre Atmosphäre zu schaffen. Die Bewohner sind Selbstversorger, nutzen die Gemeinschaftsküchen und Waschmaschinen. Von rund 50 Kindern besuchen einige den Kindergarten, die meisten eine Schule, wo sie schneller Deutsch lernen als ihre Eltern. Dreimal in der Woche haben auch diese im Heim Gelegenheit, Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu erlernen.

Für die Freizeit gibt es Kinder- und Männerfußball, eine Fahrradwerkstatt und neuerdings auch eine Nähstube, in der Heimbewohner gemeinsam mit Frauen aus der Nachbarschaft schneiden können. Neben dem lockeren Wochenausgang mit Kaffee und Selbstgebackenem, der an jedem Freitag im Tischtennisraum stattfindet, gehören die „Open Stage“-Angebote im kleinen Kulturhaus vis-a-vis zu den Höhepunkten. Dann können alle – ob aus Syrien kommend oder Afghanistan, Pakistan oder Russland – singen und musizieren. Oft dabei auch Stefanies Mann Thomas mit seiner Gitarre. Weil es ein Übergangshaus ist, hat es Stefanie Fuchs immer wieder mit neuen Bewohnern zu tun. Die mit positivem Asylbescheid ziehen, wenn möglich, bald in eigene Wohnungen, andere dürfen nicht länger bleiben. Auf die Frage, ob es auch traurige Momente dabei für sie gibt, muss sie nicht lange nachdenken: „Wenn, wie erst kürzlich,

früh noch vor sechs Uhr Polizeiautos und Zivilstreifen plötzlich vor dem Heim auftauchen, um eine vierköpfige Familie mit Kleinkindern zur Abschiebung abzuholen. Das macht mich sehr traurig, denn da hängen immer Schicksale dran“. Obgleich sie sich selbst seit Jahren immer als „Linke“ sah, wollte sie auch wegen der zugespitzten Diskussionen in der Flüchtlingsfrage noch deutlicher Position beziehen, erklärte sie. Deshalb ist sie vor ein paar Wochen auch Mitglied der Linkspartei geworden.

● Helga Pett

### Bürgersprechstunden

#### Gernot Klemm

stellvertretender Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Gesundheit  
**Dienstag, 17. November 2015**  
**Dienstag, 1. Dezember 2015**  
 jeweils von 16 bis 17.30 Uhr  
 Hans-Schmidt-Str. 18,  
 12489 Berlin, Raum 212  
 Anmeldung telefonisch unter  
 (030) 90297-6100

#### Michael Grunst

Bezirksstadtrat und Leiter der Abteilung Jugend und öffentliche Ordnung  
**Dienstag, 08. Dezember 2015**  
 von 15 bis 17 Uhr Zum Großen Windkanal 4, 12489 Berlin, Haus 9, Raum 122A  
 Anmeldung telefonisch unter  
 (030) 90297-3261

### KONTAKT

#### Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205  
 Neue Krugallee 4, 12435 Berlin  
 Tel. / Fax (030) 533 76 07  
 Telefon (030) 902 97 41 61  
[mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de](mailto:mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de)

#### Sprechzeiten:

Montag 15.00 – 18.00 Uhr  
 Dienstag 12.00 – 17.00 Uhr  
 Donnerstag 15.00 – 18.00 Uhr

[www.linksfraktion-tk.de](http://www.linksfraktion-tk.de)

### IMPRESSUM

#### Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift der Fraktion  
 DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick  
 Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),  
 Bernhard Brügger, Karin Franzke, Edith Karge,  
 Helga Pett, Joseph Rohmann  
 Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der  
 BVV Treptow-Köpenick,  
 Redaktion Aus dem Rathaus,  
 Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.  
 Email: [redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de](mailto:redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de)  
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht  
 unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.  
 Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen  
 von Artikeln und Leserbriefen vor.  
 Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung  
 Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH  
 Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin  
 Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 27. Oktober 2015  
 Redaktionsschluss für Ausgabe Dezember: 24. 11. 2015  
 Ausgabetag Ausgabe November: Do 3. Dezember 2015

## KONTAKT

### Geschäftsstelle Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin  
Tel. (030) 6432 9776  
Fax (030) 6432 9792  
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

### Öffnungszeiten:

Montag nach Vereinbarung,  
Dienstag 10.00 – 18.00 Uhr  
Mittwoch 13.00 – 16.00 Uhr  
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr  
Freitag 10.00 – 13.00 Uhr

### Kassenzeiten:

Dienstag 10.00 – 17.00 Uhr  
1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)  
13.00 – 16.00 Uhr

### Vorankündigung!

Zum Jahreswechsel ist die Geschäftsstelle im Allendeweg von Mittwoch, den 16.12.2015 bis einschließlich Montag, den 4.1.2016 geschlossen.

Letzter Kassentag im Allendeweg:

Dienstag, 8. Dezember 2015

und in der Brückenstraße:

Donnerstag, 3. Dezember 2015

Erster Kassentag nach Jahreswechsel:

Dienstag, 12. Januar 2016 und in der

Brückenstraße: Donnerstag, 4. Februar

2016

### Bürgerbüro Carsten Schatz, MdA

Allendeweg 1, 12559 Berlin  
Tel. (030) 6594 0800  
Fax (030) 6594 0801  
buergerbuero@carsten-schatz.de  
www.carsten-schatz.de

### Öffnungszeiten:

Montag 13.00 – 17.30 Uhr  
Dienstag 14.00 – 18.00 Uhr  
Donnerstag 10.00 – 14.30 Uhr  
und nach Vereinbarung.

### Bürgerbüro Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin  
Tel. (030) 6322 4357  
Fax (030) 6322 4358  
gregor.gysi@wk.bundestag.de

### Sprechzeiten:

Montag 13.00 – 16.30 Uhr  
Mittwoch 13.00 – 16.30 Uhr

### Kassenzeiten:

1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)  
13.30 – 17.00 Uhr

[www.dielinke-treptow-koepenick.de](http://www.dielinke-treptow-koepenick.de)

## IMPRESSUM

### blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei

DIE LINKE. Treptow-Köpenick

Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),

Bernhard Brügger, Karin Franzke, Edith Karge,

Helga Pett, Joseph Rohmann

Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick,

blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.

Email: [redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de](mailto:redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht

unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.

Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen

von Artikeln und Leserbriefen vor.

Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 27. Oktober 2015

Redaktionsschluss für Ausgabe Dezember: 24.11.2015

Ausgabetag blättchen 217: Do 3. Dezember 2015

Das blättchen wird aus Spenden finanziert.

### Bürgersprechstunde

#### von Gregor Gysi, MdB

Die nächste Sprechstunde für  
Bürgerinnen und Bürger findet am  
**20. November** und **8. Dezember**  
in der Zeit von **12–18 Uhr** im  
Bürgerbüro, Brückenstraße 28 statt.  
Anmeldungen bitte bei André  
Schubert unter (030) 63224357.

## wir gratulieren *im November* zum Geburtstag

- |                         |                       |
|-------------------------|-----------------------|
| 92. Albrecht Donath     | Jürgen Stroech,       |
| 90. Anna-Dorothea Klein | Werner Voggenauer,    |
| 85. Klaus Gärtner,      | Ursula Vogt           |
| Gertraud Keil, Helmut   | 80. Renate Budschigk  |
| Nörenberg, Margot Rau,  | 75. Wilfried Grohmann |
| Günter Röder,           | 70. Brigitte Stenzel  |

Foto: Frank Schwarz



Eine Viertelmillion Menschen demonstrierten im Oktober in Berlin gegen TTIP.

## Dokumente geschwärzt

### Abkommen enthält geheimgehaltene Details



„TTIP – Machtgewinn für Großkonzerne – Angriff auf Demokratie, Rechtsstaat, Verbraucherschutz, Kultur und Kunst.“ Unter diesem Motto hatte die Basisorganisation „Kultur lokal“ der Partei DIE LINKE im Rahmen ihrer Reihe „Kultur lokal“ Anfang Oktober zu einer öffentlichen Diskussionsrunde in das Kulturzentrum Adlershof „Alte Schule“ eingeladen.

Als Gast kam Peter Frigger, wissenschaftlicher Mitarbeiter von Thomas Nord, MdB und Schatzmeister der Partei DIE LINKE, der kurzfristig verhindert war.

Wie bei den vorangegangenen Veranstaltungen dieser Reihe erfolgte kein theoretisches Referat zum angekündigten Thema, sondern die gut vorbereitete Moderatorin Tina Henneberg stellte Peter Frigger Fragen, die auch dem Interesse der über 30 anwesenden Zuhörer entsprachen. Aus den Ausführungen Peter Friggers war zu entnehmen, dass Bundestagsabgeordnete und auch selbst der Wirtschaftsminister Gabriel nur Einsicht in Dokumente von der EU Kommission erhalten, die zum größten Teil geschwärzt sind. Über 1.000 Mitarbeiter erarbeiteten in einer Vielzahl von Gruppen in Hinterzimmern im Geheimen konkrete Details, die dann für alle Menschen in der EU und den USA als Gesetze gelten sollen.

Ziel von TTIP ist es, nicht Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherstandards zu er-

höhen, sondern sie auszuhebeln oder zu senken. Sind öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge einmal privatisiert, ist dieser Vorgang nicht mehr rückgängig zu machen. Als Ergebnis dieses Abends konnten die Teilnehmer mit nach Hause nehmen, dass TTIP generell die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren stärkt und die Mehrheit der Menschen ausgrenzt.

Begonnen und beendet wurde die Veranstaltung von einem musikalischen Programm des „Duo Na Part“, das Folk Musik aus Irland, Serbien, Bulgarien, Deutschland und Frankreich dem aufmerksamen Publikum präsentierte.

■ ■ Jürgen Schuschke

### Bürgersprechstunde

#### von Carsten Schatz, MdA

**Dienstag 17. November 17–19 Uhr,**

Club im Kiez (Baumschulenweg) Rodelbergweg 9, 12437 Berlin

**Mittwoch 2. Dezember 17–19 Uhr,**

Kiezklub Alte Schule (Adlershof) Dörfeldstraße 54, 12489 Berlin

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, aber unter Angabe des Themas erwünscht. Bitte richten Sie entsprechende Anfragen an Philipp Wohlfeil

[wohlfeil@carsten-schatz.de](mailto:wohlfeil@carsten-schatz.de) oder

Tel.: 0177/6369791

Foto: Frank Schwarz



### Danke, Gregor

Danke, Gregor stand in großen Lettern auf der Bühne, als die Bundestagsfraktion der LINKEN den langjährigen Fraktionsvorsitzenden in dieser Funktion verabschiedete. Doch Gregor Gysi hat schon im Deutschen Bundestag seinen politischen Gegnern erklärt, dass sie ihn längst nicht los sind. Denn er bleibt als Abgeordneter im Parlament. Dietmar Bartsch, er wurde zusammen mit Sahra Wagenknecht zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt, übergab zum Abschied einen großen Blumenstrauß.

### Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten decken zu können, ist eine Spende von 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. Vielen Dank.  
Empfänger: DIE LINKE Berlin  
IBAN: DE59100708480525607803  
BIC: DEUTDEDB110 Berliner Bank AG,  
Verwendungszweck: 502-810, bitte Name, Vorname und Anschrift angeben

# „Vielfalt“ im Gysi-Büro

**Gerd Wessel stellt jüngste Arbeiten aus**

Auf den ersten Blick sind die Bilder nicht einfach zu verstehen. Obgleich Gerd Wessel seinen Gemälden, die seit kurzem die Wände des Bürgerbüros von Gregor Gysi in Niederschöneweide schmücken, jeweils ein Wort der Erklärung hinzufügt, muss der interessierte Betrachter erst nachdenken. Zu sehen sind „Blauer Brief“ oder „Grüner Horizont“ oder nur „Boote“, „Vielfalt“, „Plattenbau“ und „Hellersdorfer Installation“. Der Berliner Künstler, Jahrgang 1937, der an der TU Dresden Architektur studiert hatte und in den 80er Jahren an der Planung für die Großsiedlung in Hellersdorf mitwirkte, wurde nach der Wende Hellersdorfs erster Stadtzeichner im Bezirk. Heute in Neukölln lebend, lassen ihn die Hellersdorfer Plattenbauten immer noch nicht los, er hat sie sogar in leuchtende Farben gesetzt. Alle ausgestellten Arbeiten ent-

standen kürzlich, etliche erst in diesem Jahr, erklärte er bei der Vernissage am 6. Oktober. Gysi hob vor den Gästen und Freunden des Malers insbesondere dessen Werdegang vom gelernten Werkzeugmacher, über die ABF bis zum Studium der Architektur hervor und würdigte seine immer noch ungebremschte Schaffenskraft. Was ihn als den etwas Jüngeren selbst betreffe, so Gysi, sei die freudige Aussicht, bei der weiteren Arbeit für seinen Wahlkreis, seinen „Terminkalender selbst bestimmen“ zu können. Wessel daraufhin verschmitzt: „Ich kann zwar nicht so gut reden wie Sie, aber ich kann malen“. Dass die in stürmischer See schwankenden „Boote“ auch unter dem Eindruck der Flüchtlingskatastrophen entstanden, kann der Betrachter leicht nachvollziehen. Das Bild „Vielfalt“ deutete der Maler so: Die in Rot,

Foto: André Schubert



Gregor Gysi würdigte den Werdegang von Gerd Wessel (Mitte) vom Werkzeugmacher zu Hellersdorfs erstem Stadtzeichner.

Schwarz, Grün und Blau sich um- und gegeneinander schlingenden Linien sollen die Vielfalt der Kräfte und Parteien im politischen Kampf Europas darstellen, wobei der Ausgang noch unge-

wiss sei. Man könne Ungewissheit, aber auch Hoffnung daraus erkennen. Die Ausstellung ist bis zum 8. Januar 2016 zu sehen.

■ Helga Pett

## TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

### POLITIK UND ENGAGEMENT

**Sa 7.11. | 11.15 Uhr** Ehrung von Ernst Schneller anlässlich seines 125. Geburtstags. Vor der Gedenktafel Schnellerstr. 70A, Nähe Haltestelle Bus 165 Schnellerstraße / Köllnische Straße

**Sa. 7.11. | 15 Uhr** Gedenken an den 71. Jahrestag der Pogromnacht, an der Tafel für die ehemalige Synagoge Freiheit 8

**17 Uhr** Buchvorstellung „Auschwitz. Die Geschichte des Vernichtungslagers“ mit der Autorin Dr. Susanne Willems. In den Räumen des Pflegedienstes Schwester Christiane, Alt-Köpenick 34. Veranstaltung der VVN-BdA Köpenick e.V.

**Mi 11.11. | 16 Uhr** „Praxiserfahrungen im Umgang mit Flüchtlingen in Berlin“, Vortrag und Diskussion mit Delia Hinz, LAG Partizipation und Flüchtlingspolitik, Eine Veranstaltung der BO Niederschöneweide im Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

**Sa 14.11. | 10.30 Uhr** Fröhlichoppen Gaststätte „Zum Hauptmann von Coepenick“, Oberspreestraße 148, mit Karin Kant, Mitglied der BVV, zur „Jugendpolitik in Köpenick“

**Mo 16.11. | 19 Uhr** Videovortrag „Vietnam gestern und heute“ mit Ilona Schleicher (SODI), Dorfklub Muggelheim, Alt-Muggelheim 21

**Fr 20.11. | 18 Uhr** Bürgerforum. Gregor Gysi lädt zur Diskussion über aktuelle bundespolitische Fragen und die Situation im Wahlkreis

Treptow-Köpenick in die Aula der Volkshochschule, Baumschulenstraße 79.



**BÜRGERFORUM**  
Fr, 20. Nov. 2015, 18 Uhr  
Baumschulenstraße 79  
Volkshochschule (Aula)

**DIE LINKE.**

**So 22.11. | 10 Uhr** Politischer Fröhlichoppen der BO Allendeviertel im Casino „Eiche“, Wendenschloßstr. 6, 12559 Berlin, zu Gast Günter Herlt, Journalist und Autor.

**Fr 30.11. | 15–18 Uhr** Der stellvertretende Bürgermeister und Bezirksstadtrat für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Gernot Klemm, lädt gemeinsam mit der Seniorenvertretung und dem Sozialen Arbeitskreis Treptow-Köpenick alle Bürger und Bürgerinnen zur Diskussion über das Thema „Treptow-Köpenick – eine wachsende Stadt im demografischen Wandel“, Aula der Musikschule Köpenick Freiheit 15, 12555 Berlin

### KULTUR UND UNTERHALTUNG

**So 15.11. | 14 Uhr** „1. Poesie- und LiteraturFestival Treptow-Köpenick“ – zur Förderung der Literatur. Lesungen und Podiumsdiskussion zum Thema: „Förderung von Autoren in Berlin – wohin entwickelt sich die Berliner Literaturszene?“, unter anderem mit Gregor Gysi, Petra Pau und Ulrike Bliefert, im „Stadttheater Köpenick“, Friedrichshagener Str. 9, 12555 Berlin, Die Einnahmen kommen dem Erhalt des Stadttheater Köpenick zugute!

**Sa 5.12. | 15 Uhr** Weihnachtliches Konzert des Ernst-Busch-Chor Berlin im Münzenbergssaal, Bürogebäude Franz-Mehring Platz 1, Eintrittspreis: 5 Euro, Kartenverkauf nur am Veranstaltungstag

**So 6.12. | 17 Uhr** Weihnachtliches Konzert des Ernst-Busch-Chor Berlin. Evangelische Paul Gerhardt Kirchengemeinde, am Tierpark 28. Eintrittspreis: 10 Euro ermäßigt 8 Euro, Kartenvorverkauf: jeden Mittwoch ab 12.30 Uhr, Franz-Mehring-Platz 1 oder telefonisch: 9 71 23 17

Erfahrungen zur Flüchtlings- und Integrationspolitik der Linken, Gedankenaustausch zur Gestaltung der Seniorenforen in Treptow-Köpenick 2016

**Mo 9.11. | 17 Uhr** Basistreffen, Allendeweg 1, 12559 Berlin

**Di 10.11. | 18.30 Uhr** Sitzung des Bezirksvorstandes, Allendeweg 1, 12559 Berlin

**Di 17.11. | 18 Uhr** BO Adlershof Wahlversammlung für die Vertreterversammlung, Alte Schule, Dörpfeldstraße 54, 12489 Berlin

**Sa 21.11. | 10 Uhr** Dritte Tagung des 5. Landesparteitages Berlin DIE LINKE im WISTA-Veranstaltungszentrum Adlershof, Rudower Chaussee 17.

**Di 24.11. | 18.30 Uhr** Sitzung des Bezirksvorstandes, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

**Sa 28.11. | 10 Uhr** Vertreterversammlung der Bezirksverbandes Treptow-Köpenick, Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4, 12437 Berlin

**Wahlkreisversammlungen der Partei DIE LINKE zur Nominierung der Direktkandidaten:**

WK 1 **Fr 20.11. | 17 Uhr** Aula der Volkshochschule, Baumschulenstraße 79

WK 2 **Di 17.11. | 18 Uhr** RatzFatz, Schnellerstraße 81

WK 4 **Di 17.11. | 18 Uhr** Bürgerhaus Grünau

WK 5 **Do 26.11. | 18 Uhr**, Allendeweg 1

WK 6 **Mi 25.11. | 18 Uhr** KIEZKLUB Vital Myliusgarten 20 12587 Berlin

### KONFERENZEN UND SITZUNGEN

**Mo 9.11. | 14 Uhr** Beratung der AG Seniorenpolitik, Brückenstraße 28, 12437 Berlin

Thema: Weiterführung der Programmdebatte zum Wahlprogramm DER LINKEN Treptow- Köpenick,

www

Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: [www.dielinke-treptow-koepenick.de](http://www.dielinke-treptow-koepenick.de)